



Antrag

der Abgeordneten **Klaus Adelt, Florian Ritter, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Inge Aures, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Stefan Schuster, Florian von Brunn, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Natascha Kohnen, Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann SPD**

Auch damit alle Kinder schwimmen lernen können: Energetische Sanierung kommunaler Bäder fördern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die energetische Sanierung kommunaler Bäder in die Förderrichtlinien des Sonderprogramms Schwimmbadförderung (SPSF) mit aufzunehmen, die Höchstförderquote auf 80 Prozent zu erhöhen und die jährlich zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel um 20 Millionen Euro auf 40 Millionen Euro durch eine entsprechende Erhöhung des Ansatzes im nächsten Haushaltsentwurf einzuplanen.

Begründung:

Wie der Antwort der Staatsregierung auf die Schriftliche Anfrage zu den Energiekosten in kommunalen Bädern (Drs. 18/23141) zu entnehmen ist, ist die energetische Sanierung von Bädern kein Fördergegenstand im Sonderprogramm Schwimmbadförderung, weil der Zweck der Förderung der Erhalt der kommunalen Bäder als Voraussetzung für den Erwerb der Schwimmfähigkeit der Kinder und Jugendlichen sei.

Diese Argumentation ist in sich widersprüchlich und greift viel zu kurz, zumal sie in keiner Weise die existenziellen Herausforderungen widerspiegelt, vor denen die kommunalen Bäder angesichts des Klimawandels und der rasant steigenden Energiepreise stehen. Sowohl Klimabilanz als auch die energetischen Betriebskosten stellen zunehmend eine finanzielle Belastung in einer Größenordnung dar, die für viele Kommunen und kommunale Unternehmen mittelfristig schlichtweg nicht mehr finanziert resp. querfinanziert werden kann. Bereits jetzt gilt jedes zweite öffentliche Bad als sanierungsbedürftig. Vielen Bädern droht nun zusätzlich die zumindest zeitweise Schließung, weil die Finanzierung des laufenden Betriebs durch die Kommune nicht mehr leistbar ist. Damit verschlechtern sich zusätzlich zu den schon bestehenden Engpässen beim haupt- und ehrenamtlichen Personal, das Schwimmkurse durchführen kann, zusätzlich nochmals die infrastrukturellen Voraussetzungen. Es gibt noch weniger Wasserflächen und damit Zeiten, in denen dort Kurse angeboten werden können. Schon vor Corona konnten fast 40 Prozent der Zehnjährigen in Deutschland nicht sicher schwimmen.

Eine energetische Sanierung trägt zur Senkung der Betriebskosten bei und ist zudem noch ein wichtiger Beitrag zur Einhaltung der Klimaziele in den Kommunen. Viele Kommunen sind jedoch ohne Förderung nicht in der finanziellen Lage, diese Sanierungsmaßnahmen angehen zu können.

Eine Erweiterung der Förderkulisse und Erhöhung der Förderquote des SPSF ist vor diesem Hintergrund nicht nur folgerichtig, sondern auch dringend geboten. Kommunale

Bäder sind – wie der Städtetag zurecht sagt – Teil der kommunalen Daseinsvorsorge, deren Erhalt im Interesse des Freistaates Bayern sein muss.